

Protokoll

der Sitzung vom **17.11.2015**
des **Studentischen Konvents**
der Julius-Maximilians-Universität Würzburg



Vorsitz: Bernhard Brück
Stellv. Vorsitz: Andreas Christ
Protokoll: Simon Stein und Markus Hein

Anwesend: Siehe Unterschriftenliste in den Unterlagen.

Abwesend: Siehe Unterschriftenliste in den Unterlagen.

Datum: 17.11.2015

Beginn: 20:00 Uhr

Ende: 03:57 Uhr

Ort: Festsaal über der Burse
Am Studentenhaus 1
97072 Würzburg

Inhaltsverzeichnis

TOP 1 Begrüßung	4
TOP 2 Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin	4
TOP 3 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit.....	4
TOP 4 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	4
TOP 5 Genehmigung der Tagesordnung.....	4
TOP 6 Stellungnahme von Sophie Marie Bott.....	4
TOP 7 Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents	5
TOP 8 Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat und seinen Arbeitskreisen und den Referaten	8
TOP 9 Semesterticket.....	16
TOP 10 Anträge	17
TOP 11 Rechenschaftsberichte	39
TOP 12 Sonstiges	39

TOP 1 Begrüßung

Bernhard begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Festlegung eines Protokollanten oder einer Protokollantin

Simon Stein wird per Los bestimmt.

TOP 3 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Es sind 35 Stimmen anwesend. Es wurde form- und fristgerecht geladen.

→ Der studentische Konvent ist Beschlussfähig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

- S. altes Protokoll in aktualisierter Form
- Das Protokoll wird in die vorliegende Formatvorlage gebracht
- Das Protokoll in der oben genannten Aktualisierung wird einstimmig angenommen

TOP 5 Genehmigung der Tagesordnung

- Ergänzungen:
 - Initiativantrag:
 - Geflüchtetenbibliothek
 - Zeitnahe Beendigung des Umbaus ‚students house‘
 - Persönliche Erklärung durch Sophie Marie Bott
 - Die Tagesordnung in aktualisierter Form wird einstimmig angenommen

TOP 6 Persönliche Erklärung von Sophie Marie Bott

- Persönliche Erklärung zu 2 Punkten
- Punkt 1: Finanzierung durch den Konvent
 - Beide Beschlüsse sind rechtskräftig
 - Bitte, dass in Beschlüssen das Finanzierungskonzept nicht mehr geregelt wird

- Punkt 2: Umgang innerhalb des Konvents
 - Der Umgang ist den Gegebenheiten nicht angemessen
 - Alle stehen für das gleiche Ziel und sollten sich dementsprechend Verhalten
 - Anfeindung von allen Seiten werden verurteilt
 - Apell: Ein gepflegter Umgang wird gewünscht
 - Diskussion
 - Positionierte Gegenrede muss akzeptiert werden
 - Ein politisches Gremium zeichnet sich aus durch inhaltliche Differenzen aus
 - Der zwischenmenschliche Umgang ist wichtig – unabhängig von politischen Diskrepanzen ist ein netter Umgangston wünschenswert

TOP 7 Aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents

- Aus dem Fachschaftenrat
 - Uni@school
 - Vorstellung durch die zentrale Studienberatung
 - Ermöglicht externen Einblick in ausgewählte Studiengänge
 - Problem: zu wenig Studierende, die sich für dieses Projekt zur Verfügung stellen
 - Konsens: es kann sich an die einzelnen Fachschaften gewandt werden, um speziell Studierende aus den einzelnen Studiengänge zu finden
 - Termine
 - Es wurden viele Termine, so wie geplante Aktionen vorgestellt
 - Initiativanträge
 - Offener Brief der LAK

- Aussprache gegen die Referendariatsbeschränkungen bei Lehramtsstudiengängen
- -> als Positionspapier angenommen
- Studierendenaktionen wurden von Seiten der Universität abgelehnt
 - Nach Art. 2 HSchG: soziales Miteinander soll gefördert werden
 - Grund der Universität: nach 9 Uhr schaltet sich das Licht aus, was von Studierenden durch Blockierung der Lichtschalter umgangen wurde
 - -> nicht Schuld der Veranstalter. Diese wären offen für Richtlinien, um sich um diese Problematik zu kümmern
 - Verweis der Universität an das ‚students house‘ an dem solche Veranstaltungen in Zukunft stattfinden sollen
- Aufgabenverteilung
 - Vertrag zwischen Fachschaftsvereine und Universität
 - Keine neuen Informationen
 - Wuecast
 - Es liegen noch rechtliche Probleme vor
- PfQ

Daniel Janke berichtet von der letzten Sitzung der PfQ. Es gibt zwei neue Mitglieder: Frau Asan aus der Medizinischen Fakultät als Vertreterin der Frauenbeauftragten und Markus Hein als neuen Vertreter der Studierenden. In der Sitzung wurde die teils stark unterschiedlichen Fortschritte bei der Umsetzung des Qualitätsmanagementsystems an den einzelnen Fakultäten angesprochen. Frau Szczesny wird in den nächsten Monaten alle Fakultäten besuchen und die Fakultäten über das Qualitätsmanagementsystem informieren sowie die Umsetzung anmahnen. Daniel ruft die anwesenden Fachschaftsvertreter*innen dazu auf in den Fakultätsräten nach diesen Treffen und der Umsetzung der Beschlüsse der PfQ zu fragen. Weiterhin ging es in der Sitzung um die Anpassung des Studienfach-Audit-Verfahrens nach dem ersten Durchlauf in der Chemie. Die Studierenden konnten dabei durchsetzen, dass die Vorgabe, dass die externen Vertreter*innen der Studierenden innerhalb ihrer Regelstudienzeit sein müssen, gestrichen wird. Außerdem wurden überarbeitete Vorlagen für den Studien- und Lehrbericht besprochen. Abschließend weist

Daniel darauf hin, dass am 25. November die Lehrendenbefragung starten wird und je nach Rücklauf bis Weihnachten oder Neujahr dauern wird.

▪—Zwei neue Mitglieder

▪—Qualitätsmanagement wurde besprochen

•—Starke Diskrepanzen zwischen den einzelnen Fakultäten bezüglich des Fortschritts

•—Frau Chezny inspiziert nun alle Fakultäten bezüglich des Fortschritts

•—Gespräche zur Aufklärung der Fakultäten sind geplant

•—Wird Thema in den Fakultätsräten

▪—Studicast

•—Verteiler*innen dürfen ab jetzt ihre Regelstudienzeit auf Grund des hohen Arbeitspensum überschreiten

•—Dürfen ihre Studienzeit nicht preis geben

•—Studien- und Lehrbericht wurden besprochen

▪—25.11.15 -> Lehrendenbefragung

○ KSuL

Christian Otto berichtet:

▪ Hochschulzulassungssatzung: Anteil von 1% auf 2% erhöht

▪ Masterstudiengänge

• Informatik

○ Konnte nicht verzögert werden

○ Trotz Dialog zwischen FSV und Institut

• Sonstiges

○ Merkblatt zur neuen ASPO/LASPO

▪ Mehr als 29 ECTS bei Wechsel, die anrechenbar sind -> alte ASPO/LASPO

▪ Demnächst: Weiterbildung für Berater*innen

- CMS-Projektgruppe

Daniel Janke berichtet vom letzten Treffen der Projektgruppe am 10. November. Er erklärt, dass man unter campusmanagement.uni-wuerzburg.de umfangreiche Informationen zum Projekt anrufen kann. Ein Zeitplan zur Umstellung auf das neue System wird angebeamt. Daniel erklärt diesen und weist darauf hin, dass dieser auf der genannten Internetseite auch abgerufen werden kann. Während der Umstellung - derzeit geplant zum Jahreswechsel 2016/17 - werde es nicht möglich sein Änderungen am System (Noten, Prüfungsanmeldungen, Raumbellegung, ...) vorzunehmen. Aus diesem Grund werde aktuell die Schaffung eines Raumpools für Notfälle in Erwägung gezogen. Daniel informiert darüber, dass morgen am 18. November von 16:15 bis 17:15 Uhr im Turing-Hörsaal im Informatikgebäude eine öffentliche Informationsveranstaltung zum Campusmanagementsystem stattfindet und lädt alle Anwesend dazu ein. Am Ende der Sitzung wurde von Anwesenden berichtet, dass in manchen Fakultäten noch immer Prüfungsergebnisse per Aushang bekannt gegeben werden und dass dabei Matrikelnummern und Namen angegeben werden. Dies verstoße jedoch gegen Datenschutzrichtlinien und explizite Dienstanweisungen. Aktuelle liege eine Fall vor, in dem deswegen eine neue Matrikelnummer vergeben werden müsse. Diese Prozedur ziehe jede Menge Folgearbeiten nach sich (z.B. Erstellung eines neuen RZ-Accounts, eines neuen Studierendenausweises, Leistungsumbuchungen, ...). Von anderen wurde ergänzt, dass eine Bekanntgabe von Prüfungsergebnissen durch Aushang rechtlich bedenklich sei, da sie keine Bekanntgabe im rechtlichen Sinne sei.

- S. Datei unter campusmanagement.uni-wuerzburg.de

- Während des Überganges können keine Änderungen vorgenommen werden

- Uniweites Treffen zur Erklärung: 18.11.15 16.15-17.15 Turing-Hörsaal

- Aushang von Prüfungsergebnissen fand nicht anonymisiert statt

- Hinweis an die Lehrstühle, dass dies rechtlich nicht zulässig ist

TOP 8 Aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat und seinen Arbeitskreisen und den Referaten

Lukian Bottke berichtet:

- Datenbank der Beschlüsse des studentischen Konvents

- Beauftragung des Referats Datenschutz
 - Alle Anträge werden eingepflegt
 - Mehrheitsverhältnis wird einsehbar
- Treffen mit der UL
 - Bei Nachfragen an Lukian Bottke wenden
 - SSR und Justizariat arbeiten an Umsetzung „“
- Fachschaftsfeiern
 - Vertrag zwischen Vereinen und Universität
 - Universität hat zukünftige Lösung zugesichert
 - Kostenlos
 - Medizin: Hat Auflage für einen kostenpflichtigen Mietvertrag bekommen
- Demo für Ausfinanzierung der Hochschulen
 - Wenig Zuspruch
 - Setzen eines Zeichens wichtig
 - Diskussion
 - Satire zu wenig erkennbar
 - Thema zu wenig in den Medien, daher nicht auf dem Schirm der Studierenden
 - Ohne Medienwirksamkeit schwierig die Zuständigen in München zu erreichen -> mit der LAK abstimmen und landesweit durchführen
 - Antrag wurde auf der LAK bereits gestellt. Ablehnung mit Begründung: Kurzfristigkeit; Antrag nicht ausführlich genug
 - Diskussion, ob Zeit ausgereicht hätte
- Tirili-Ersti-Party
 - Einnahmen gehen an die Stadt für Geflüchtete
 - Einnahme: 500,-
- Raum 54.1

- Es wurde eine Kleiderausgabe eingerichtet
- Es wurden schon zahlreiche Flüchtlinge mit Kleidern versorgt
- Probleme mit der Universitätsleitung bezüglich des Raumes
 - Geplanter Umzug ins ‚Students House‘
- Kapazitätsprobleme
 - Größerer Andrang als geplant
 - Nummernvergabe zur Organisation
 - Ausgabe nur am Wochenende
- Soli-Party im Talavera Schlösschen
 - Termin: 28.11.2015
 - Drei Bands
 - Ab 0 Uhr: DJ
 - Geflüchtetenband ist geplant
 - Eintritt: 3,- + Spende

Sophie Bott berichtet:

- Treffen mit dem Studentenwerk
 - Semesterticket
 - Erhöhungen nur im normalen Rahmen der Beförderungstarife
 - Verhandlungen sollen bis Juli abgeschlossen sein
 - Verhandlungen über die normale Erhöhung
 - Erhöhungen in Bamberg
 - Kein Semesterticket für Schweinfurt (FH)
 - Stuv der FH wurde nicht miteinbezogen
 - Car-Sharing
 - 3 Autos werden am Hubland Nord finanziert

- Wohnheim
 - Notunterkünfte:
 - Aktuell komplett voll
 - Mehr als tausend auf der Warteliste
 - Wohnheimquote soll durch den Freistaat erhöht werden
 - Neues Wohnheim soll im Frühjahr fertig werden
 - Neues Wohnheim ist auf dem Hublandcampus in Planung
 - Kinderrippen sollen zusammengelegt werden
- Tirili
 - Schließt zum 1. Juli
 - Räume sollen als Probenräume für die Studibühne fungieren
- Sprachrohr
 - Finanzielle Mittel reduzieren stattdessen mehr social media
 - Veränderung à Vorlagen anderer Unis
 - Sprachrohrjournalist/in einstellen
- Mensapreise
 - Größere Kaution und bessere Qualität sowie größere Portion als Grund
 - Großer Defizit im Mensabereich
 - -> zu teuer
- Beitrag
 - Erhöhung um 8,- ist geplant -> noch nicht beschlossen
 - Diskussion über Sinnhaftigkeit der Erhöhung
 - Rechtfertigung
 - Ausgleich des Mensadefizits
 - Besprechung folgt in der nächsten Sitzung des SSR

- Hohe Rücklagen des Studentenwerks
 - -> es sollen erst diese verbraucht werden
- Mensa-Hubland
 - Zeltmensa ist zu teuer
 - Lösungsansätze
 - Mensateriaöffnung von 11-18 Uhr
 - Zusätzliche Ausgabe an der Philosophischen Fakultät
 - Kein genauer Termin für Schließung
 - Mensaparty kann erneut stattfinden
 - Cafeteria
 - Kühlhäuser leer
 - Kein anderes Angebot als belegte Brötchen möglich
 - Studentenwerk weist Schuld von sich
 - Tischaufsteller
 - Abgelehnt
 - Begründung: stören die Studierenden beim Essen
 - Bewerbung der Jobmesse laut Herr Ulrich ungeplant
 - Mensaparty
 - Studentenwerk weist nichts von Getränkeabwicklung über das Studentenwerk
 - Nächstes Jahr bei Problemen Rücksprache mit Herrn Ullrich
 - Bis auf kleinere Probleme aber allgemein gut gelaufen
 - Aber
 - Massive Beleidigung der Helfer*innen
 - Umsatz zufriedenstellend höher
 - Höherer Reingewinn

- Dank an alle Helfer*innen
- Vorschlag: Bessere Führung der Besucher*innen am Einlass
- Diskussion
- Philosophische Fakultät
 - Kartenaufladegerät für die Mensa
 - Wird abgeklärt
 - Cafeteria
 - Zu wenig Platz
 - Änderung nicht in Sicht
- Kulturticket
 - Würzburg würde die nötigen kulturellen Ressourcen nicht hergeben
 - Erneute Rücksprache nach Prüfung durch das Studentenwerk
 - -> wird nun von der Stuv auf die nächsthöhere Ebene getragen
- Militärkritisches Mittagssymposium
 - 19.11.2015
- SPD- Arbeitsgruppe Wissenschaft
 - Anträge zum Thema Umgang mit Flüchtlingen an Hochschulen
 - Anträge zum Thema Ausfinanzierung der Hochschule
- Referat für Angelegenheiten studentischer Hilfskräfte

Indra Wachendorf und Daniel Janke berichten. Daniel berichtet von der bundesweiten Vernetzung von Studierendenschaften um Pressearbeit zur Novelle des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes zu machen. Diese Vernetzung erfolgte durch mehrere Telefonkonferenzen. Dabei wurde eine bundesweite Presseaktion am 10. November beschlossen und das Referat hat sich daran auch beteiligt. Zur Ausschusssitzung im Deutschen Bundestag am 11. November wurde eine Stellungnahme ausgearbeitet und eingereicht. Indra informiert über das vergangene Treffen des Referats. Das Hiwi-Infoheft soll erneuert werden. Insbesondere nach der Einführung des Mindestlohnes sei dies notwendig. Indra äußert den Unmut des Referats, dass der von Lisa auf Facebook veröffentlichte Post mit einem Hinweis auf das Referatstreffen gelöscht wurde. Der

Sprecher- und Sprecherinnenrat erklärt, dass er einen Zeitplan für die Werbung auf Facebook beschlossen habe und der Post nicht in diesen Zeitplan gepasst hätte.

○ Bundesweite Vernetzung von 12 Studierendenschaften

○ Planung und Durchführung einer Bundesweiten Presseaktion

○ Ausschusssitzung

▪ Stellungnahme wurde ausgearbeitet und im Bundestag eingereicht

• Wird von vielen Vertreter*innen unterstützt

○ Sitzung

▪ Infoheft soll erneuert werden

• Grundgehaltstabellen sollen erneuert werden

▪ Unzufriedenheit wegen gelöschtem Facebookpost zwecks Termin

• SSR-Beschluss: Zeitplan für Facebookwerbung

○ Post hat nicht in den aufgestellten Zeitplan gepasst

○ Es kann über die SSR-Seite beworben werden, allerdings nur nach rechtzeitiger Anmeldung

○ Diskussion über Sinnhaftigkeit und Wertung

○ Mitteilung über Löschung wurde dem Referat von Seiten des SSR übermittelt

- Referat Aktion

- Filmvortrag über Studierendenproteste in Kanada

- Referat für Demokratie und Zivilcourage

- Welt-Aids Tag

- Stand zusammen mit dem SSR

- Treffen mit Herrn Wettengel

- Thema: Verbesserung der Wahlbeteiligung

- Bitte um Treffen wurde abgelehnt (-> aber Angebot der Zusendung der Unterlagen zur Durchsicht)

- Problemklärung bei der Briefwahl
- Ideen:
 - Auflockerung der Wahlbestimmungen
 - Wählen auch an anderen Fakultäten etc.
 - Mehr Wahltage
 - Diskussion über Bedeutung der Mail
 - Frage nach Erste-Hilfe-Kurse durch das Referat
 - In Planung. Näheres folgt.
- Referat Datenschutz
 - Planungsphase. Ideen:
 - Krypto-Party
 - Vortrag über Windows 10
 - Datenschutz und Überwachung
 - Eintragung der Stuv-Termine in den Veranstaltungskalender der Universität
- Referat Gleichstellung
 - Projektwoche war erfolgreich
 - Viele Vorträge
 - Gute Annahme durch die Studierenden

Diskussion über Zivilklausel

Daniel Janke berichtet von einer Podiumsdiskussion zum Thema Zivilklausel veranstaltet von der ESG und KHG. Auf dem Podium saßen Hr. Ralf Brinktrine (Rechtsprofessor der Uni Würzburg), Georg Rosenthal (MdL, SPD), Fr. Tanja Brühl (Vizepräsidentin Uni Frankfurt aM), Hr. Burkhard Hose(KHG, Moderation), Hr. Oliver Jörg (MdL, CSU) und Daniel Janke. Es gab eine spannende Diskussion auf dem Podium und mit dem Publikum. Mehrfach wurde kritisiert, dass die Unileitung nicht anwesend war. In der Januarausgabe des Sprachrohrs soll ein ausführlicher Bericht der Podiumsdiskussion veröffentlicht werden. Auch die Mainpost hat einen Artikel zur Veranstaltung veröffentlicht.

- Viele Zuschauer

- Spannende Diskussion
- Inhalt: S. Protokoll der Diskussion

DAAD

Daniel Janke berichtet, dass im Frühjahr die Mitgliederversammlung des DAAD in Bonn stattfand und die Studierendenschaft der Universität Würzburg dort einen Antrag mit dem Titel "Studium von Flüchtlingen ermöglichen und fördern" einreichte, welcher ohne Enthaltung einstimmig angenommen wurde. Der Vorstand des DAAD wurde darin aufgefordert sich gegenüber der Politik für entsprechende Mittel einzusetzen. Vor wenigen Tagen veröffentlichte der DAAD ein neues Programm mit dem Titel "Welcome - Studierende engagieren sich für Flüchtlinge". Im Rahmen des Programmes können Hochschulen Gelder für Hilfskräfte, die sich entweder in selbstorganisierten Initiativen von Studierendengruppen oder im Rahmen der von der Hochschule organisierten Betreuung und Integration von Flüchtlingen engagieren, erhalten. Die Förderung könne bereits am 1. Januar 2016 beginnen. Die Einrichtung dieses Programmes wertet er als Erfolg studentischer Hochschulpolitik.

- Im Frühjahr Sitzung des DAAD
 - Antrag: Geflüchtete an Hochschulen willkommen heißen
 - Soll sich gegenüber dem Bund für Mittel und Möglichkeiten einsetzen
 - → neue Richtlinie: Welcome! — Studierende engagieren sich für Flüchtlinge
 - Universitäten können hier Hilfskräfte einstellen, die über diesen Fond für Flüchtlinge arbeiten können
 - Erfolg der HoPe

TOP 9 Semesterticket

- Verhandlungen sind beendet
 - Tarife werden wie geplant angepasst
 - Erhöhung auf 62,-
 - Zusätzliches Modell sollte auch in Zukunft von Seiten der Studierenden abgelehnt werden
 - Gute Prognose für die nächsten Jahre

TOP 10 Anträge

- a) Autonome Selbstverwaltung – Die Studierendenschaft soll ihre Vertreter*innen in den universitären Gremien selbst wählen dürfen!

Antragstext:

Der studentische Konvent möge beschließen:

*Die aktuelle Praxis bei der Wahl der studentischen Vertreter*innen in die universitären Kommissionen ist nicht weiter tragbar und soll bei nächster Gelegenheit abgeändert werden. Aktuell wählt der Studentische Konvent lediglich eine Vorschlagsliste, welche die studentischen Senator*innen an die Hochschulleitung weitergeben, welche diese dann beruft.. Eine direkte Wahl vom höchsten beschlussfassenden Gremium der studentischen Selbstverwaltung findet nicht statt. Demokratie sieht anders aus! Wir fordern das Recht ein, selbst über die Entsendung zu entscheiden! Der Sprecher- und Sprecherinnenrat möge diesbezüglich aktiv werden, um eine entsprechende Änderung in der Grundordnung der Hochschule herbeizuführen.*

- Vorstellung des Antrags
- Diskussion des Antrages
- Abstimmung

Ja:33

Nein: 2

Enth.: 2

Der bisherige Protokollant verlässt die Sitzung. Es übernimmt Markus Hein.

- b) Beschränkung der Sitzungsdauer des studentischen Konvents

Antragstext:

Der Studentische Konvent möge beschließen:

Der Geschäftsordnung des Studentischen Konvents der Universität Würzburg in der Fassung vom 07.06.2015 wird unter „III Gang der Verhandlungen“ folgender Paragraph hinzugefügt:

„Dauer der Sitzungen:

- (1) *Die Sitzungen des studentischen Konvents sind spätestens um 1.00 Uhr zu beenden.*
- (2) *Ein begonnener Tagesordnungspunkt kann abgeschlossen werden.*

(3) Der studentische Konvent kann die Behandlung weiterer Tagesordnungspunkte nur mit Zweidrittelmehrheit beschließen. Die der Abstimmung über die Behandlung weiterer Tagesordnungspunkte vorangehende Debatte ist auf 5 Minuten zu beschränke

(4) Zur Behandlung verbleibender Tagesordnungspunkte kann von der vorsitzenden Person gemäß §10(2) der Geschäftsordnung eine Folgesitzung einberufen werden. Diese findet frühestens am Tag nach und spätestens eine Woche nach der regulären Sitzung des Studentischen Konvents statt.

(5) Der Tagesordnung der Folgesitzung können weder Tagesordnungspunkte hinzugefügt, noch können für diese weitere Anträge eingereicht werden. Jedoch können auf der Folgesitzung erneut Initiativanträge gestellt und behandelt werden.“

Die Antragssteller stellen den Antrag vor. Er wird mit dem Argument unterstützt, dass eine Begrenzung der Sitzungsdauer zu einem besseren Diskussionsstil führen könnte. Dem wird entgegengesetzt, dass aber dadurch eventuelle kritische Themen zu schnell und oberflächlich besprochen werden.

GO-Antrag auf 5 Minuten Pause, Zurückgezogen

Des Weiteren wird erwähnt, dass in diesem Konvent eine Person ist, die um 24 Uhr arbeiten muss und deshalb einen Großteil der Sitzung nicht beiwohnen kann. Auch müssen einige morgens relativ bald wieder in die Uni. Eine Sitzungsdauerbegrenzung würde eine Sitzung auch attraktiver für Zuschauer*innen machen und eine solange Sitzung wie die Letzte (Ende 5:23 Anm. Der Rede) wortwörtlich krank macht.

Es folgten am Ende der Diskussion einige Änderungsanträge:

Änderungsantrag: Streiche in Satz 4 „findet frühestens am Tag nach und spätestens“

- Wird vom Antragssteller angenommen

Änderungsantrag: „Ergänze: 6. Der Termin der weiteren Sitzung muss bereits im Voraus mit Einhaltung der Ladefrist bekannt gegeben werden.“

- wird zurückgezogen.

GO-Antrag auf 5 Minuten Pause: 14/16/1

Änderungsantrag: „Ergänze am Ende: Die nachfolgenden Paragraphen werden entsprechend angepasst. Ergänze vor „Dauer der Sitzung“: §13“

- wurde übernommen

Änderungsantrag: Füge ein nach:

„(2) Ein begonnener Tagesordnungspunkt“:

bzw. dessen Unterpunkt, wie regelmäßig unter dem TOP „Anträge“,

„(3) Der studentische Konvent kann die Behandlung weiterer Tagesordnungspunkte“:

bzw. deren Unterpunkte

(4) Zur Behandlung verbleibender Tagesordnungspunkte:

und deren Unterpunkte

- wurde übernommen

Abstimmung zum Antrag „Beschränkung der Sitzungsdauer des studentischen Konvents“

Ja: 29

Nein: 5

Enthaltungen.: 3

Damit ist der Antrag angenommen.

Beschluss:

Der Studentische Konvent möge beschließen: Der Geschäftsordnung des Studentischen Konvents der Universität Würzburg in der Fassung vom 07.06.2015 wird unter „III Gang der Verhandlungen“ folgender Paragraph hinzugefügt:

§13 Dauer der Sitzungen:

(1) Die Sitzungen des studentischen Konvents sind spätestens um 1.00 Uhr zu beenden.

(2) Ein begonnener Tagesordnungspunkt bzw. dessen Unterpunkt, wie regelmäßig unter dem TOP „Anträge“ kann abgeschlossen werden.

(3) Der studentische Konvent kann die Behandlung weiterer Tagesordnungspunkte bzw. deren Unterpunkte nur mit Zweidrittelmehrheit beschließen. Die der Abstimmung über die Behandlung weiterer Tagesordnungspunkte vorangehende Debatte ist auf 5 Minuten zu beschränken.

(4) Zur Behandlung verbleibender Tagesordnungspunkte und deren Unterpunkte kann von der vorsitzenden Person gemäß §10(2) der Geschäftsordnung eine Folgesitzung einberufen werden. Diese findet eine Woche nach der regulären Sitzung des Studentischen Konvents statt.

(5) Der Tagesordnung der Folgesitzung können weder Tagesordnungspunkte hinzugefügt, noch können für diese weitere Anträge eingereicht werden. Jedoch können auf der Folgesitzung erneut Initiativanträge gestellt und behandelt werden.“

Die nachfolgenden Paragraphen werden entsprechend angepasst.

GO-Antrag auf 5 Minuten Pause: ohne Gegenrede angenommen.

c) Angepasste Studierende? -Angepasste Hochschulen sind das Problem!

Antragstext:

Eine Demokratie, die nicht nur funktionieren, sondern ihrem Begriff gemäß verwirklicht werden soll, verlange mündige Menschen, so Adorno über die Erziehung zur Mündigkeit. Gemeint ist hier nicht die Staatsform, sondern das Erziehungsziel: eine demokratisierte Gesellschaft.

*Der Grundstein für die Schaffung einer solchen Gesellschaft muss zweifellos in der Bildung gelegt werden. Die Erziehung zur Mündigkeit muss oberstes Bildungsziel sein. Diesem Anspruch wird unsere momentane Bildungslandschaft aber nicht gerecht. Im Gegenteil: das gegenwärtige Bildungssystem verhindert diese Erziehung zur Mündigkeit und reproduziert die gesellschaftlich vorherrschenden Verhältnisse. Sie reproduziert die neoliberale Ideologie, die die Verwertbarkeit der*des Einzelnen zum Ziel hat. Das Bildungssystem setzt auf Unmündigkeit und infolgedessen stellen kritisch denkende und (selbst)reflektierende Menschen ein Hindernis dar. Wir hingegen wollen eine von Grund auf demokratisierte Hochschullandschaft. Dies kann nur durch eine Verknüpfung von Demokratisierung und Politisierung erreicht werden.*

Unsere Hochschule ist kein Unternehmen

*Nicht erst seit heute ist unsere Bildungslandschaft wenig demokratisch: Letztlich waren Schüler*innen und Studierende – als größte Gruppierungen der jeweiligen Bildungsinstitutionen – in ihrem Mitspracherecht schon immer eingeschränkt. So gesehen ist die zunehmende Ökonomisierung des Bildungswesens, die sich gerade auch an den Hochschulen bemerkbar macht, nicht der Ursprung von Demokratiemangel. Beides gehört aber wechselwirkend zusammen. Statt Freiraum für kritisches Denken und selbstbestimmtes Lernen zu bieten, sind Bildungszeitverkürzung und Leistungsdruck die prägenden Elemente unseres Bildungswesens. Gerade an den Hochschulen zeigt sich, dass die Ökonomisierung den bereits bestehenden Demokratiemangel noch befördert: Im Leitbild der unternehmerischen Hochschule ist kein Platz für Mitbestimmung und Mitsprache. Stattdessen findet eine Konzentration von Macht in der Hochschulleitung statt. Hochschulen sollten aber Ort des solidarischen Miteinanders sein. Dazu müssen Konkurrenzverhältnisse und Wettbewerb, wie sie beispielsweise zwischen Fachbereichen und Instituten existieren, genauso wie Druckmechanismen, Anwesenheitslisten und Zulassungsbeschränkungen aufgebrochen werden.*

Unsere Hochschule ist ein politischer Raum

In unserem Bildungssystem findet politische Bildung kaum oder nur eingeschränkt statt. Allerdings scheint sich die Öffentlichkeit darüber einig, dass heute vor allem junge Menschen zunehmend „politikverdrossen“ oder gar gänzlich unpolitisch seien. Während überall von „angepassten Studierenden“ die Rede ist, wird eine Auseinandersetzung mit den Ursachen überhaupt nicht geführt. Dass gerade im Bildungsbereich, als zentralem Entwicklungsort von Menschen, politische Bildung und Demokratieerziehung kaum eine Rolle spielen und so der Grundstein einer beginnenden Entpolitisierung gelegt wird, wird in dieser Debatte ausgeblendet. Die Hochschulen, die von der neoliberalen Transformation der Gesellschaft durchdrungen sind, sollen in diesem Verständnis keine politischen Räume sein, sondern exklusive, sich außerhalb gesellschaftlicher Auseinandersetzungen befindende Orte darstellen.

Ohne Demokratisierung keine Politisierung

Es ist zudem paradox, dass mangelndes politisches Interesse und Engagement junger Menschen, und damit auch Studierender, kritisiert wird, aber politische Aktivitäten an den Hochschulen parallel dazu massiv eingeschränkt sind oder werden. Vor allem durch das hochschulpolitische Mandat! Zwar waren in Phasen gesellschaftlicher Umbrüche und in Zeiten großer politischer Auseinandersetzungen wie in den 70er Jahren - zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung - ein großer Teil der Studierenden politisiert und sowohl für gesellschaftliche, als auch spezifisch hochschulpolitische Belange auf den Straßen. Aber die Glorifizierung vergangener Zeiten hilft uns heute nicht weiter. Ohne eine umfassende Demokratisierung der gesamten Hochschullandschaft wird eine grundlegende Politisierung der Studierenden kaum möglich sein.

Unsere Forderungen:

Als Studierendenvertretung muss es unser Ziel sein, für eine umfassende Demokratisierung der gesamten Bildungs- und Hochschullandschaft zu kämpfen. Im Besonderen für eine Demokratisierung in allen Bereichen der Hochschule – nicht nur formell über Gremien und paritätische Besetzung, sondern auch inhaltlich – für kritische Hochschulen, die die Selbstbestimmung des Menschen zum Ziel haben. Daraus ergeben sich für uns folgende Handlungsfelder:

Gegen Demokratiemangel - für eine freie und kritische Hochschule!

- *Die Kompetenzen der Hochschulleitung müssen zurückgefahren werden. Die grundlegenden Entscheidungen müssen in akademischen und demokratisch legitimierten Gremien wie dem Senat getroffen werden. Parallelstrukturen müssen abgeschafft werden.*
- *Wissenschaft, Lehre und Forschung müssen unabhängig von der Wirtschaft sein. In der Folge müssen die Hochschulräte kurzfristig auf eine rein beratende Funktion reduziert, mittelfristig aber gänzlich abgeschafft werden. Weil aber Hochschulen nicht von der Gesellschaft getrennt, sondern Teil von ihr sind, müssen Wege und Orte für den Austausch zwischen Hochschule und Gesellschaft geschaffen werden.*

- *Das Statusgruppenwahlrecht für akademische Gremien, das eine absolute Mehrheit der Professor*innen vorsieht, muss durch die Einführung einer viertelparitätischen Vertretung aller Statusgruppen ersetzt werden.*
- *Langfristig müssen das Statusgruppenwahlrecht und damit auch die Statusgruppen jedoch gänzlich abgeschafft werden, da die politischen Konfliktlinien nicht entlang dieser Statusgruppen verlaufen. Stattdessen sollen sich Mitglieder der Hochschule in gemischten Vereinigungen organisieren können. Anstelle von Wahlen nach Statusgruppen sollen also langfristig Wahlen auf Grundlage von politischen Konzepten mit hochschulpolitischen Listen, die aus Mitgliedern aller Bereiche einer Hochschule bestehen können, stattfinden.*
- *Alle Hochschulgremien sollen hochschulöffentlich tagen, ausgenommen davon sind im Regelfall Personalfragen, wobei auch hier ein möglichst offenes und transparentes Verfahren gewährleistet werden muss.*
- *Studierendenschaften müssen endlich auch in Bayern gesetzlich verfasst werden.*

Gegen Entpolitisierung - für eine politische Studierendenschaft und Hochschule!

- *Hochschulpolitik ist immer auch Gesellschaftspolitik. Infolgedessen muss die Studierendenvertretung der Universität Würzburg sowie alle anderen Studierendenvertretungen ein allgemeinpolitisches Mandat erhalten. Die noch verlangte Trennung zwischen diesen Politikbereichen ist mehr als willkürlich.*
- *Aufgabe der Studierendenvertretung ist es nicht nur, eine Interessenvertretung für die Studierenden zu sein, sondern diese auch politisch zu bilden.*
- *Alle Regelungen, die die Studierendenvertretung delegitimiert, müssen aufgehoben werden.*
- *Politischen Hochschulgruppen müssen mehr Rechte eingeräumt werden, um ihre politische Arbeit ausführen und ihrem bildungspolitischen Auftrag nachkommen zu können. Politische Grundrechte gilt es an den Hochschulen zu leben. Das Aufhängen von Plakaten und Diskussionen mit politischen Vertreter*innen müssen an den Hochschulen möglich sein.*
- *Alle neu in Gremien gewählten Hochschulmitglieder sollen eine methodisch-rechtliche Einweisung in ihre Aufgaben erhalten.*
- *Studentischer Protest ist ein legitimes Mittel der Meinungsäußerung. Wo sich in Hochschulgesetzen Formulierungen befinden, die es in der Auslegung möglich machen, friedlichen studentischen Protest zu kriminalisieren, müssen diese umgehend ersetzt werden.*

Gegen Ausgrenzung - für eine queerfeministische und solidarische Hochschule!

- *Eine demokratische und solidarische Hochschule ist offen und inklusiv, auch in der Campus-Gestaltung. Deshalb braucht es weder Absperrungen, noch andere bauliche Repressalien.*

- *Die Hochschulen selbst, aber vor allem Bibliotheken und Arbeitsräume sollen nicht nur den Studierenden offen stehen. Wir fordern, dass die Hochschulen für alle Menschen zugänglich sind.*
- *Zum Erreichen einer inklusiven Hochschullandschaft müssen strukturelle Barrieren beseitigt und Partizipationshürden überwunden werden. Dafür ist eine Erweiterung der Beratungs- und Weiterbildungsangebote notwendig.*
- *Zusätzlich sollen für den Übergang hin zur inklusiven Hochschule Beauftragte für Gleichstellung, für Antidiskriminierung, für Menschen mit Beeinträchtigung und chronischen Erkrankungen und für internationale Hochschulmitglieder in den Grundordnungen verankert werden. Diese Beauftragten müssen einen ständigen Sitz in Gremien der akademischen Verwaltung innehaben.*
- *Es muss mehr selbstverwaltete, studentische (Frei-)Räume an der Hochschule und darüber hinaus geben, die dazu beitragen können, eine studentische Kultur und Öffentlichkeit herzustellen und für eine demokratische Hochschule, die sich auch als Lebensraum und Gemeinschaft versteht, wichtig sind.*
- *Kommerzielle und / oder sexistische Werbung muss an Hochschulen verboten werden.*
- *In allen Gremien der Hochschule sollen quotierte Redelisten eingeführt werden.*

Die Antragstellerin stellt den Antrag vor. In der darauffolgenden Diskussion wird erklärt, dass der Antrag bewusst global politisch gedacht ist und keine Direkten Arbeitsaufträge beinhaltet. Er sei somit ein Positionspapier.

Es wird explizit nachgefragt, was mit Abschaffung der Statusgruppen gemeint ist. Hier wird das Beispiel der Hochschulwahl gebracht, in der nach aktuellem Wahlrecht die Stimme eines Dozierenden ein Tausendfaches der Stimme eines Studierenden wert ist. In der nachfolgenden Diskussion wird zum einen dies als interessanter Punkt betrachtet, aber dann sollte man klar die Entscheidungsgewalt über Forschung und Lehre trennen. Er wird aber kritisiert, da sonst überspitzt 80% des Senates von Studierenden besetzt sein könnte und dies nicht gut für die Hochschule wäre.

Weiterhin sei ein Antrag nur antragswürdig, wenn er klare Forderungen beinhaltet, beispielsweise kostenlose Einhörner für Erstis, und ein Positionspapier, beispielsweise wir sind für die Erhaltung der Einhörner, nicht sinnvoll sei. Deswegen wird der GO-Antrag gestellt:

*GO- Antrag auf Rücküberweisung an die Antragstellerin:
18 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen*

d) Maximalstudienzeit abschaffen! (Positionspapier)

Antragstext:

Immer mehr Studierende sind gezwungen neben ihrem Studium zu arbeiten, um sich ihr Studium nebst Lebensunterhalt sichern zu können. Dies erschwert die Einhaltung eines

Studienverlaufsplans, der inhaltlich an die Regelstudienzeit gekoppelt ist. Dementsprechend gehen finanziell benachteiligte Studierende das Risiko ein, die Maximalstudienzeit nicht einhalten zu können. Schaffen sie dies nicht, folgt die Zwangsexmatrikulation.

Wenn unser Bildungssystem chancengerecht sein soll, darf nicht die finanzielle Situation der Studierenden oder die der Eltern entscheiden, ob jemand ein Studium erfolgreich abschließen kann.

Wir sprechen uns gegen die bestehende Regelung aus, auch wenn Härtefälle geregelt sind z.B. Kinder, chronische Erkrankungen und in Teilen ehrenamtliches Engagement. Dieser abschließende Katalog ist nicht ausreichend. So muss auch auf andere Lebenslagen eingegangen werden, wie Arbeit und andere private Gründe, die nicht erfasst worden sind und niemals vollständig sein werden.

*Auch für Lebenssituationen, die von einem solchen Katalog nicht erfasst werden, muss die Möglichkeit einer individuellen Verlängerung der Studiendauer offen stehen. Es ist nicht zielführend, den Katalog auszuweiten, Einzelfälle sind je nach persönlicher Lebenslage schlichtweg nicht vorhersehbar. Eine subjektive Entscheidung über den Einzelfall durch eine*n Sachbearbeiter*in ist keine Lösung.*

Daher fordern wir, dass die Begrenzung der Studiendauer durch eine Maximalstudienzeit abgeschafft wird.

Die Antragstellerin stellt den Antrag vor. An ihm wird kritisiert, ob wir uns das Recht herausnehmen dürfen die Steuerzahler*innen so dermaßen zu belasten. Auch sei es möglich, wer einen triftigen Grund habe (Erkrankungen, Aktivitäten) könne ohne weiteres eine Verlängerung beantragen. Auch solle eine Hochschule nach Leistung separieren und es soll nicht der Sinn einer Hochschule sein, alle mit einem Hochschulabschluss auszustatten, was ja das weitergehende Ziel sei, welches dieser Antrag vorbereitet.

Den Kritikpunkten wird entgegengesetzt, dass viele die neben dem Studium arbeiten müssten oder wissen, dass sie anderweitig eventuelle Verzögerungen befürchten, mit dem blick auf die Höchststudiendauer von einem Studium abgeschreckt werden. In einem Gespräch mit Fr. XYZ vom KIS mit Daniel Janke wurde auch erwähnt, dass viele Studierende die einer Psychischen Erkrankung unterliegen, aus Scham häufig nicht eine Verlängerung beantragen. Auch sei eine Abschaffung der Maximalstudienzeit kein Hexenwerk, in anderen Bundesländern gäbe es keine Maximalstudienzeit (Hessen beispielsweise). Dem wird entgegengesetzt, dass dort aber andere Regelungen zum Nichtbestehen existieren (Drittprüfungen, etc.) welche für manche Personen sogar kritischer sein können.

GO-Antrage: Ende der Debatte: ohne Gegenrede

Es folgt einem Änderungsantrag

Änderungsantrag: „Ersetze alles durch: Die Begrenzung der Studiendauer durch eine Maximalstudienzeit wird abgeschafft.“

Der Änderungsantrag wird damit begründet, dass ein Antrag nur Arbeitsaufträge beinhalten solle und der restliche Text im Antrag unwichtig sei.

Abstimmung über diesen: (10/11/17) somit abgelehnt.

*GO-Antrag auf sofortige Abstimmung:
19 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen
Der GO-Antrag ist somit angenommen*

Abstimmung zum Antrag „Maximalstudienzeit abschaffen!“

Ja:	16
Nein:	14
Enthaltungen.:	5

Damit ist der Antrag angenommen.

Beschluss:

Immer mehr Studierende sind gezwungen neben ihrem Studium zu arbeiten, um sich ihr Studium nebst Lebensunterhalt sichern zu können. Dies erschwert die Einhaltung eines Studienverlaufsplans, der inhaltlich an die Regelstudienzeit gekoppelt ist. Dementsprechend gehen finanziell benachteiligte Studierende das Risiko ein, die Maximalstudienzeit nicht einhalten zu können. Schaffen sie dies nicht, folgt die Zwangsexmatrikulation.

Wenn unser Bildungssystem chancengerecht sein soll, darf nicht die finanzielle Situation der Studierenden oder die der Eltern entscheiden, ob jemand ein Studium erfolgreich abschließen kann.

Wir sprechen uns gegen die bestehende Regelung aus, auch wenn Härtefälle geregelt sind z.B. Kinder, chronische Erkrankungen und in Teilen ehrenamtliches Engagement. Dieser abschließende Katalog ist nicht ausreichend. So muss auch auf andere Lebenslagen eingegangen werden, wie Arbeit und andere private Gründe, die nicht erfasst worden sind und niemals vollständig sein werden.

*Auch für Lebenssituationen, die von einem solchen Katalog nicht erfasst werden, muss die Möglichkeit einer individuellen Verlängerung der Studiendauer offen stehen. Es ist nicht zielführend, den Katalog auszuweiten, Einzelfälle sind je nach persönlicher Lebenslage schlichtweg nicht vorhersehbar. Eine subjektive Entscheidung über den Einzelfall durch eine*n Sachbearbeiter*in ist keine Lösung.*

Daher fordern wir, dass die Begrenzung der Studiendauer durch eine Maximalstudienzeit

abgeschafft wird.

e) Öffnung der Hochschule für Geflüchtete!

Antragstext:

In den vergangenen Monaten stieg die Zahl der Geflüchteten in Deutschland und Europa stark an. Die Krisenherde an den Außengrenzen der EU und in vielen afrikanischen Staaten haben sich verschärft und zwingen mehrere Millionen Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen. Es ist Aufgabe der europäischen Regierungen, der Parlamente und Institutionen sowie der europäischen Gesellschaft die Menschenrechte der Vertriebenen zu wahren.

*Nach Artikel 16a des Grundgesetzes (GG) der Bundesrepublik Deutschland genießen politisch Verfolgte Asyl. Dies ist ein äußerst wichtiges Recht und in Hinsicht auf die menschenunwürdigen Umstände, in welchen sich viele Menschen in ihrem Heimatland befinden, ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Oft herrschen in diesen Ländern Bürger*innenkriege, Hungersnöte, Gewalt, Korruption und Unterdrückung. Um all dem zu entfliehen begeben sich die Menschen auf eine beschwerliche und auch gefährliche Reise ins Ungewisse. Diese wird zusätzlich von hohen Fluchtkosten für Transport und Versorgung belastet, welche bei der wirtschaftlichen Situation unmöglich von den Betroffenen gestemmt werden können. Aus diesen Gründen müssen bei der Flucht Familienmitglieder zurück gelassen werden oder werden durch die Flucht von ihren Angehörigen getrennt. Deshalb ist es unsere humanitäre Pflicht diesen Menschen Asyl zu gewähren. Vor allem weil Europa nach seiner kolonialen Geschichte, gescheiterten Interventionen in jüngerer Vergangenheit und massiven Waffen-lieferungen mit die Hauptschuld am Leid der Geflüchteten trägt. Zurzeit werden leider vollkommen unbegründete Ängste und Befürchtungen bei der deutschen Bevölkerung geschürt, um sich dieser Verantwortung zu entziehen. Es wird behauptet Deutschland werde mit den ankommenden Geflüchteten nicht fertig, was allerdings unbegründet, absurd und einfach falsch ist. Diesen haltlosen Behauptungen darf kein Platz in einer menschenwürdigen politischen Debatte gelassen werden. Wichtig ist daher eine gelungene Integration statt eine hysterische Absonderungspolitik.*

*Seit 2012 wütet ein brutaler Bürger*innenkrieg in Syrien, welcher aus den Protesten des arabischen Frühlings hervorgegangen ist. Das diktatorische und skrupellose Assad-Regime auf der einen Seite, der terroristische und blutrünstige Islamische Staat auf der anderen Seite und dazwischen Millionen von unschuldigen Syrer*innen. Dass ein menschenwürdiges Leben in den Kriegsgebieten in Syrien und Irak nicht möglich ist, sollte eigentlich offensichtlich sein. Den Menschen bleibt keine andere Wahl, als vor Tod und Gewalt zu fliehen. Dies geschieht zunächst einmal in die Nachbarstaaten, wie beispielsweise Jordanien oder Libanon. Die Aufnahmelager dort sind hoffnungslos überfüllt und Hunger und Elend sind auch dort weit verbreitet. Die Staaten sind überfordert und die Welthungerhilfe der UN kürzt mangels Finanzmittel ständig die Hilfen. Mehr finanzielle Beteiligung seitens der Industrie-nationen wie Deutschland oder der USA - Fehlanzeige.*

Wer das große Glück hat aus den Zeltlagern zu kommen, findet jedoch keine legalen Wege in die EU. Eine lebensgefährliche und kostenintensive Reise über das Mittelmeer oder über die Zäune der Balkanroute ist die einzige Möglichkeit. Dies führt natürlich auch dazu, dass es nur die privilegierten, reicheren und gesündesten Menschen überhaupt nach Europa schaffen.

Viele bleiben zurück oder kommen auf ihrer Flucht ums Leben.

Die Konflikte in Syrien und im Irak werden so schnell nicht zu lösen sein, vor allem nicht mit militärischem Eingreifen. Deshalb ist jetzt humanitäre Hilfe in den Nachbarstaaten und in der EU gefragt.

*Seitdem die Balkanstaaten als sichere Herkunftsstaaten nach §29a AsylVfG eingestuft werden, ist es fast unmöglich als Geflüchtete*r aus diesen Ländern in Deutschland Asyl zu erlangen. Der Begriff "Wirtschaftsflüchtling", welcher von NPD und Pegida-Anhänger*innen bis zur bürgerlichen Mitte der CDU/CSU als Klassifizierung der Fluchtursache verwendet wird, ist Hohn für den systematischen Rassismus, den Sinti und Roma dort erfahren. In Frankreich oder der Schweiz wird diese ethnische Minderheit beispielsweise der Asylstatus anerkannt, da sie durch allgegenwärtige Diskriminierungen zur Flucht gezwungen werden. Die Regierungen in Kosovo und den EU-Beitrittskandidaten Albanien und Mazedonien sind nicht in der Lage oder willens deren Rechte zu garantieren.*

Ein besonderer Fall stellt noch dazu der Kosovo da, indem seit der Unabhängigkeit 2008 die EU einer korrupten Elite, nicht zuletzt rechtsextremer/islamistischer Geisteshaltung, den Machterhalt garantiert. Die junge Bevölkerung sieht sich mit Massenarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit konfrontiert, welche sie zur Flucht zwingt. Das seit dem Serbien-Krieg und dem im Schatten dessen stattfindenden Genozid gebeutelte Land hängt am Tropf ineffizienter EU-Mittel, welche in mafösen Strukturen versickern.

In Afrika sind die Fluchtursachen sehr unterschiedlich. Auf der einen Seite politische Verfolgung und Menschenrechtsverstöße in diktatorischen Regimen wie Eritrea. In anderen Ländern, darunter Somalia, Guinea oder Liberia, wird den Menschen die Lebensgrundlage entzogen durch rücksichtslose Ausbeutung der Rohstoffe, z.B. in der Fischerei, und Überflutung der Märkte durch europäische Importe. Wiederum ist es nur den Wohlhabendsten möglich sich auf den Weg nach Europa zu machen. Der Westen bereichert sich auf Kosten dieser Menschen und wundert sich dann, wenn diese etwas von unserem Wohlstand abhaben wollen. Die europäische "Entwicklungspolitik" basiert auf der Annahme, die afrikanischen Staaten seien lediglich zu dumm und müssten doch nur nach dem Vorbild des westlichen kapitalistischen Wirtschaftssystems wirtschaften, um mehr Wohlstand zu generieren. Der Profit, den der Westen aus der Ausbeutung ärmerer Länder zieht, wird dabei vollkommen ignoriert.

An den EU-Außengrenzen spielen sich derzeit wirklich absurde Szenen ab. Anstatt eine offene und fortschrittliche Europäische Union zu verkörpern, macht Brüssel die Schotten dicht und katapultiert uns zurück ins 20. Jahrhundert. Humanitäre Hilfe scheint ein Fremdwort, wenn Kriegsschiffe der Bundeswehr und anderer Armeen im Mittelmeer patrouillieren, um die europäischen Außengrenzen zu "sichern". Wir stellen uns eine gesamt-europäische Asylpolitik deutlich anders vor! Es müssen schnellstens legale Fluchtwege geschaffen werden und die sinnlosen und gewaltsamen Interventionen des Westens im Nahen Osten müssen ein Ende haben. Denn Feuer löscht man nicht mit Spiritus und um Menschen zu helfen, baut man keine Zäune.

Europäische "Partnerländer", die sich nicht an die Grundwerte der EU und an die Menschenrechte halten wollen, sollten knallhart sanktioniert werden. Man sollte sie klar auf ihre unangebrachte Asylpolitik hinweisen und nicht in ländliche bayerische Klöster zum Kaffee einladen. Das Verhalten der ungarischen Regierung um Premier Orbán ist nicht zu akzeptieren und darf unter keinen Umständen weiterhin toleriert werden, selbiges gilt für die rechtspopulistischen Äußerungen der bayerischen Staatsregierung.

In diesem Jahr werden in Deutschland etwa 800.000 Geflüchtete erwartet, dies entspricht etwa 1% der Gesamtbevölkerung. In Würzburg befinden sich prozentual gesehen momentan genauso viele Geflüchtete. Beides stellt bei weitem keine Überforderung der bestehenden Strukturen dar, ein von politischer Seite sog. Notstand entspricht nicht der Realität. Vor einigen Wochen wurde in der Zellerau eine Außenstelle der Erstaufnahmeeinrichtung Schweinfurt errichtet, in der ausschließlich Männer leben; überwiegend aus Syrien und Afghanistan. Die Menschen dort sind nur in einem Zelt untergebracht und die Heizung verrichtet nur notdürftig ihren Dienst. Aktuell wird das Zelt jedoch Schritt für Schritt durch einen Holzbau ersetzt. Zuständig für das Zelt in der Zellerau ist die Regierung von Unterfranken.

Anders sieht es in der Kürnachtalhalle in Lengfeld aus. Hier ist die Stadt Würzburg verantwortlich. In der eigentlichen Sporthalle sind Familien, ebenfalls überwiegend aus Syrien und Afghanistan, untergebracht. Die einzelnen Wohnparzellen sind durch Bauzäune und Folien abgetrennt. Privatsphäre, Ruhe oder Rückzug sind für die oft traumatisierten Menschen kaum möglich.

Neben verschiedenen kleinen dezentralen Unterbringungen z.B. in Grombühl und der Lindleinsmühle gibt es in Würzburg noch die Gemeinschaftsunterkunft (GU). Diese ist bereits seit Ewigkeiten hoffnungslos überfüllt und wurde mit Containern erweitert. Die bauliche Struktur lässt stark zu wünschen übrig, denn auch hier ist ein menschenwürdiger Alltag nur bedingt möglich.

*Die Überbelegung der GU ist schon lange vor den steigenden Zustrom der Vertriebenen bekannt. Die zuständigen Stellen haben versäumt, den Ausbau dezentraler Strukturen rechtzeitig voranzutreiben. Eine dezentrale Unterbringung von Geflüchteten ist für Anwohner*innen, Helfende und Geflüchtete eine reibungslosere Lösung als eine Ghettoisierung in Massenunterkünften, die eine gesellschaftliche Einbindung, Inklusion in den Alltag und Bewältigung des Erlebten nahezu unmöglich machen. Wenn Menschen aus verschiedenen Teilen der Welt, mit verschiedenen Kulturen, Sprachen und Religionen ohne Rückzugsräume aufeinander treffen entstehen zwangsläufig neue Konflikte.*

Eine Hochschule ist eine gesellschaftliche Institution und untrennbar mit der Gesellschaft verbunden. Eine Hochschule trägt gesellschaftliche Verantwortung. Dieser muss sich auch die Universität Würzburg endlich bewusst werden. Viele Geflüchtete haben Hochschulreife oder einen akademischen Abschluss. Ihnen muss die Anerkennung der Qualifikationen und der Zugang zur Hochschule erleichtert werden.

Das Engagement der Julius-Maximilians-Universität Würzburg fällt bisher unangemessen gering aus. Geflüchteten mit nachweisbarer Hochschulzugangsberechtigung wird ein "Schnupperstudium" angeboten. Da meist Unterlagen und Dokumente nicht mehr vorhanden sind, wird auch die Möglichkeit gestellt werden, die Qualifikationen in Gesprächen darzulegen. Ein einer gesellschaftlichen Institution würdiges Engagement sieht anders aus.

Unter Zurückhaltung finanzieller Mittel wird davon Abstand gehalten, Sprach- oder Vorbereitungskurse anzubieten. Eine reguläre Immatrikulation an einer deutschen Hochschule ist ohne das Deutsche Sprachdiplom der Kulturministerkonferenz (DSD) der Stufe 2 auf C1-Sprachniveau nicht möglich. Dieses Niveau ist höchst anspruchsvoll und ohne regelmäßigen und professionellen Unterricht nicht zu erreichen.

Der "Bewältigung der humanitären Herausforderungen in Deutschland" kommt die Universität Würzburg entgegen den Aussagen des Präsidenten Alfred Forchel in einer Pressemitteilung am 25.09.2015 nicht nach, geschweige denn, dass "man hochqualifizierte Flüchtlinge für das deutsche Universitäts-system und damit auch für den hiesigen Arbeitsmarkt gewinnen" kann.

Seit Kurzem sind auch auf dem Campus Nord Geflüchtete untergebracht. Dieser Schritt der Universität ist zu begrüßen, auch wenn die Initiative hierzu nicht von der Hochschulleitung ausging.

Wie gering die Leistungen der Universität Würzburg einzuschätzen ist, zeigt sich, wenn man dies mit dem Engagement anderer Hochschulen vergleicht: Die Universität Würzburg versucht durch Schein-Öffnung ihr Gesicht zu wahren, ist allerdings nicht bereit eine ernsthafte Hilfe anzubieten.

Dass die Bereitschaft anderer Hochschulen zu helfen bei Weitem größer ist, zeigt auch der auf der Mitgliederversammlung des DAAD am 23. Juni 2015 gefasste Beschluss zur Inklusion von Geflüchteten an deutschen Hochschulen. Darin bekannten sich die Hochschulleitungen und Studierendenschaften in Abwesenheit der Würzburger Magnifizenz einstimmig zu der Verantwortung Geflüchteten zu helfen und in ihre Hochschulen zu integrieren. Zahlreiche Hochschulen, hier seien nur beispielhaft FAU Erlangen-Nürnberg, FU Berlin, Leuphana-Universität Lüneburg und die Universität Bayreuth genannt, bieten Sprachkurse, Gaststudierendenstatus für Geflüchtete und Beratungsangeboten an. Unsere Hochschule sieht sich dazu nicht in der Lage.

Wir fordern als Maßnahmen von der Hochschulleitung:

- Geflüchtete als Gaststudierende zu zulassen und die Gebühren dafür gemäß Hochschulgebührenverordnung §3 (3) mit Verweis auf Art. 71 (2) BayHSchG wegen "besonderer Härte" zu erlassen*
- Formulierung von Integration und Sensibilisierung als Ziel der Julius-Maximilians-Universität Würzburg*
- Ausbau des Kursangebots "Deutsch als Fremdsprache" und kostenfreier Zugang von Geflüchteten hierzu*
- Information der Geflüchteten vor Ort mit mehrsprachigen Informationsmaterial*
- Ermöglichung des Hochschulzugangs auch ohne Dokumente durch faire Auswahlgespräche*
- Inklusion der Geflüchteten in den Hochschulalltag*
- Ernennung von Ansprechpartner*innen für die Angelegenheiten Geflüchteter*
- Prüfung von weiteren Hochschulgebäuden auf die Eignung als provisorische Unterkünfte*
- Trauma Behandlung für alle Studierende, in besonderer Hinsicht auf Kriegstraumata für Geflüchtete*

Forderung an den Freistaat Bayern:

- *Gegenfinanzierung der Maßnahmen der Julius-Maximilians-Universität Würzburg*
- *Vorantreiben von Wohnbauprojekten, gerade bei Hochschulstandorten*
- *Sicherung des Aufenthaltsrechtlichen Status für Studierende (wie auch für Auszubildende) während der Zeit des Studiums und nach dem Studium bis zur Arbeitsaufnahme (mindestens äquivalent zum normalen Aufenthaltsrecht für Studierende aus Drittstaaten)*
- *Schaffung von Kompetenzfeststellungszentren zur Zertifizierung von im Ausland erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten*

Die Antragstellerin stellt den Antrag vor. An ihm wird kritisiert, dass Anträge nur Arbeitsaufträge beinhalten sollen. Dem wird entgegengesetzt, dass es wichtig ist sich als Studierendenvertretung zu positionieren, damit Personen, die in Gremien (LAK, FZS, etc.) sind, bei manchen Themen dann eine offizielle Meinung der StuV vertreten, die auch zitierbar ist.

Auch wird kritisiert, dass wenn wir einen so langen Antrag annehmen, sämtlichen kleinen „Feinheiten“ des Textes als unsere Meinung dargestellt wird auch wenn wir eventuell anderer Meinung sind. Solche Feinheiten wären:

„Vor allem weil Europa nach seiner kolonialen Geschichte, gescheiterten Interventionen in jüngerer Vergangenheit und massiven Waffenlieferungen mit die Hauptschuld am Leid der Geflüchteten trägt.“

Hier wird kritisiert, dass Europa die Hauptschuld zugesprochen wird. Dem wird entgegen gesetzt, dass die Waffenlieferungen und gescheiterten Interventionen zum einen ablehnungswürdig, zum anderen wirklich eine große Schuld an dem Leid der Menschen dort tragen.

„Das Engagement der Julius-Maximilians-Universität Würzburg fällt bisher unangemessen gering aus. Geflüchteten mit nachweisbarer Hochschulzugangsberechtigung wird ein "Schnupperstudium" angeboten. Da meist Unterlagen und Dokumente nicht mehr vorhanden sind, wird auch die Möglichkeit gestellt werden, die Qualifikationen in Gesprächen darzulegen. Ein einer gesellschaftlichen Institution würdiges Engagement sieht anders aus.“

An diesem Absatz wird kritisiert, dass unsere Alma Mater im Vergleich mit anderen Universitäten schon viel für die Geflüchteten macht, und die Uni deswegen zu tadeln vielleicht eine Diskreditierung des Engagements wäre. Laut Antragstellerin könne das Engagement deutlich mehr sein und der Anstoß für ein solches Engagement kam besonders durch Initiativen der KHG und ESG zustande.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste: ohne Gegenrede

„Forderung: Ermöglichung des Hochschulzugangs auch ohne Dokumente durch faire Auswahlgespräche“

Daran wird kritisiert, dass es schon solche Auswahlgespräche gibt. Dies ist wahr, sie gibt es aber nur in Verbindung mit diesem Schnupperstudium.

Es folgen nun einige Änderungsanträge:

Änderungsantrag: „Streiche von Beginn bis „dazu nicht in der Lage““

Er wird damit begründet, dass der Text noch Diskussionspotential hat, aber der Forderungskatalog doch Konsens sei.

Abstimmung:

Ja: 21

Nein: 9

Enthaltungen.: 3

Damit ist der Änderungsantrag angenommen

Änderungsantrag: „ersetze „Ausbau des Kursangebotes „Deutsch als Fremdsprache““ durch „Ausbau der Deutschkurse für Geflüchtete und kostenfreier Zugang für Geflüchtete“

Angenommen durch die Antragstellerin

Änderungsantrag: „streiche von „Sicherung des aufenthaltsrechtlichen“ bis „Studierende aus Drittstaaten““

Abstimmung:

Ja: 5

Nein: 14

Enthaltungen.: 12

Damit ist der Änderungsantrag angenommen

Änderungsantrag: „Füge am Anfang hinzu: Der Sprecher und Sprecherinnenrat möge sich bei den jeweiligen Stellen dafür einsetzen, dass folgende Punkte zur Inklusion von Geflüchteten in den Hochschulalltag umgesetzt werden.“

Angenommen durch die Antragstellerin

Abstimmung zum Antrag „Öffnung der Hochschule für Geflüchtete!“

Ja: 32
Nein: 1
Enthaltungen.: 1

Damit ist der Antrag angenommen.

Beschluss:

Der Sprecher und Sprecherinnenrat möge sich bei den jeweiligen Stellen dafür einsetzen, dass folgende Punkte zur Inklusion von Geflüchteten in den Hochschulalltag umgesetzt werden.

Wir fordern als Maßnahmen von der Hochschulleitung:

- *Geflüchtete als Gaststudierende zu zulassen und die Gebühren dafür gemäß Hochschulgebührenverordnung §3 (3) mit Verweis auf Art. 71 (2) BayHSchG wegen "besonderer Härte" zu erlassen*
- *Formulierung von Integration und Sensibilisierung als Ziel der Julius-Maximilians-Universität Würzburg*
- *Ausbau der Deutschkurse für Geflüchtete und kostenfreier Zugang für Geflüchtete*
- *Information der Geflüchteten vor Ort mit mehrsprachigen Informationsmaterial*
- *Ermöglichung des Hochschulzugangs auch ohne Dokumente durch faire Auswahlgespräche*
- *Inklusion der Geflüchteten in den Hochschulalltag*
- *Ernennung von Ansprechpartner*innen für die Angelegenheiten Geflüchteter*
- *Prüfung von weiteren Hochschulgebäuden auf die Eignung als provisorische Unterkünfte*
- *Trauma Behandlung für alle Studierende, in besonderer Hinsicht auf Kriegstraumata für Geflüchtete*

Forderung an den Freistaat Bayern:

- *Gegenfinanzierung der Maßnahmen der Julius-Maximilians-Universität Würzburg*
- *Vorantreiben von Wohnbauprojekte, gerade bei Hochschulstandorten*
- *Sicherung des aufenthaltsrechtlichen Status für Studierende (wie auch für Auszubildende) während der Zeit des Studiums und nach dem Studium bis zur Arbeitsaufnahme (mindestens äquivalent zum normalen Aufenthaltsrecht für Studierende aus Drittstaaten)*
- *Schaffung von Kompetenzfeststellungszentren zur Zertifizierung von im Ausland erworbenen Kompetenzen und Fähigkeiten*

f) *Initiativantrag: Geflüchtetenbibliothek*

Antragstext:

Der studentische Konvent möge beschließen:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat setzt sich dafür ein, in der Geflüchtetenunterkunft am Hubland ein oder mehrere Bibliotheksregale einzurichten, aus denen die Geflüchteten Bücher in ihren Muttersprachen (hauptsächlich Farsi, Arabisch und Kurdisch) entleihen können. Hierzu fragt der Sprecher- und Sprecherinnenrat unter anderem bei der Universitätsbibliothek sowie den Bibliotheken und Buchläden der Stadt Würzburg an, ob sie Bücher oder Geld für das Projekt spenden.

Mit großer Mehrheit wird die Behandlung des Antrages beschlossen.

Abstimmung zum Antrag „Öffnung der Hochschule für Geflüchtete!“

Mit großer Mehrheit angenommen.

Damit ist der Antrag angenommen.

Beschluss:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat setzt sich dafür ein, in der Geflüchtetenunterkunft am Hubland ein oder mehrere Bibliotheksregale einzurichten, aus denen die Geflüchteten Bücher in ihren Muttersprachen (hauptsächlich Farsi, Arabisch und Kurdisch) entleihen können. Hierzu fragt der Sprecher- und Sprecherinnenrat unter anderem bei der Universitätsbibliothek sowie den Bibliotheken und Buchläden der Stadt Würzburg an, ob sie Bücher oder Geld für das Projekt spenden.

g) **Initiativantrag: Zeitnahe Beendigung des Umbaus Students-House**

Mit 22 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und einer Enthaltung wird der Antrag behandelt.

Antragstext:

Der studentische Konvent möge beschließen:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat (SSR) wird in Kooperation mit dem Students'-House-Ausschuss damit beauftragt, schnellst- möglich zu eruieren, welche Umbaumaßnahmen für eine beschlusslagenkonforme Nutzung des Students'-House erledigt werden müssen.

Sobald dies geschehen ist, kümmert sich der SSR in Zusammenarbeit mit dem Referat 5.4. (Universitätsliegenschaftsverwaltung) und einer von der Liegenschaftsverwaltung beauftragten Handwerks- / Umzugsfirma um die Erledigung dieser und den Umzug aller Eigentümer des SSR in Gebäude 54.1 in Gebäude 24.

Bevor der Antrag vorgestellt werden kann, liest Lisa Crumbach eine Email des Students-House-Ausschusses an den Konvent vor:

Lieber Konvent, lieber SSR

wie ihr vielleicht mitbekommen habt, gibt es wohl einige Differenzen zwischen dem SSR und dem Ausschuss. Wir möchten von unserer Seite sagen, dass wir wohl versäumt haben, euch über die aktuellen Geschehnisse im Haus eindrücklich zu informieren. Das wollen wir jetzt mit dieser Mail nachholen, sowie in einem Bericht zusammenfassen, der eurem Vorsitz in den nächsten Tagen zugehen wird. Wir stützen uns in dieser stichpunktartigen Erklärung auf das Konzept, das von euch, bzw. vom Konvent 13/14 am 09.04.2014 beschlossen wurde. Das ist jetzt schon eine ganze Weile her und es hat sich viel verändert. Das hatte ich in der letzten Sitzung des Konvents 14/15 vorgestellt. Nun sollten wir

das für euch tun.

Änderungen des originalen Konzepts folgen nach intensiven Besprechungen mit Unileitung und Zentralverwaltung, sowie den Parteien wie HOBOS und den 3 Referaten, die sich teilweise schon seit einem Jahr (gRuF und Öko), oder erst seit den zurückliegenden Semesterferien (Gleichstellung) im Haus engagieren und ihre Ideen einbringen. Als Ansprechpartnerin für den SSR kann der Ausschuss sich immer auf Lisa verlassen. Außerdem hat der Ausschuss schon Kontakt mit dem SSR, sowie Frau Grimm und Frau Vierheilig per Mail (studentshouse24@gmail.com) gesucht und Gespräche geführt. Der Kontakt mit dem SSR lief allerdings bedauernd unglücklich. Als Ausschuss möchten wir aufgrund der ersten Erfahrung mit einem SSR-Mitglied absolut nicht, dass Einzelpersonen des Ausschusses privat über Mail, Handy, Facebook oder sonstige Netzwerke angesprochen werden! Es ist schon schwer, bei einer so großen Ausschuss-Gruppe den Überblick und den Informationsfluss aufrechtzuerhalten. Daher haben wir seit Juni diesen Jahres eine offizielle Mail (studentshouse24@gmail.com) angelegt über die die Kommunikation laufen soll.

Aufgrund der Ereignisse, die ein Ausschussmitglied persönlich sehr verletzten und nach zweijährigem Engagement nahezu zur Aufgabe zwangen, möchten wir diese Kommunikationsweise weiterhin so führen. In einer Mail wurde ein Ausschussmitglied von Senator und SSR-Mitglied Stephan Hemmerich als kindische und unerwachsene Versagerin und Lügnerin dargestellt, sowie Flüchtlingsfeindlichkeit, Respektlosigkeit und ein Hirnriss unterstellt, weil sie auf eine Mail von ihm nicht antwortete. Die Person verwies daraufhin auf die offizielle Mail-Adresse, woraufhin Herr Hemmerich seine bodenlose Unverschämtheit dem ganzen Ausschuss zugänglich und lesbar machte. Der Ausschuss ist sich im Klaren, Herrn Hemmerichs Verhalten gegenüber keine Sanktionen ziehen zu können. Zumindest eine Frauenbeauftragte soll jedoch, auf Anfrage der betroffenen Person, zukünftig gebeten werden in Anwesenheit Herrn Hemmerichs eine Ansprechperson zu sein.

Wir möchten also noch einmal den SSR und Mitglieder der StuV bitten, die offizielle Mail-Adresse des Students' Houses zu nutzen. Anfragen auf Privatemails von Ausschussmitgliedern werden nicht beantwortet bzw. betreffende Person wird auf die offizielle Mail-Adresse verwiesen.

Noch ein paar Worte zum Initiativantrag, den der SSR am 17.11. (Tag des Konvents) stellte. Der Ausschuss wurde hier, obwohl derartige Anfrage des Ausschusses am 11.11. an den SSR, sowie an Frau Grimm und Frau Vierheilig gerichtet wurde, nicht miteinbezogen. Auch inhaltlich spricht der Antrag Dinge an, die längst erledigt sind. Umbauarbeiten sind im Haus abgeschlossen, es hängt nur noch an Kleinigkeiten. Eine Umzugsfirma für den SSR hat Herr Pleyer von der ZV dem Ausschuss schon seit einem Monat zugesichert. Wir finden es sehr schade, dass der SSR erst über einen Antrag sich befähigt fühlt, mit dem Ausschuss zu kooperieren, derweil aber Anfragen des Ausschusses nicht beantwortet? Bitte sendet uns doch eine Mail! Schließlich habt ihr auch ein SSR-Büro und StuV-Sekretariat im Haus zu beziehen, das ist ohne weiteres sofort möglich! Wieso ergreift ihr nicht diese Möglichkeit, sondern versucht euch hinter dem Rücken des Ausschusses seine vom Konvent gegebenen Ermächtigungen anzueignen während ihr auch einfach selbst das Haus betreten und eure Büros einrichten könnt? Sucht doch bitte die Kommunikation mit uns! Und, es ist schade darauf hinweisen zu müssen, macht es doch bitte freundlich ;) Wir arbeiten hier alle ehrenamtlich ohne einen Cent und zwar um der StuV und der ganzen Studierendenschaft Arbeit abzunehmen und einen Freiraum zu ermöglichen. Für diese Beleidigungen, für die bis dato keine Entschuldigung bekannt ist, sehen wir weder Anlass noch Raum.

Nun aber das Konzept:

Konzept Students House:

- Absenken der Bordsteins + Rollirampe zu einem Eingang (erledigt)
- Anlegen eines Weges für Menschen mit Behinderung (bislang noch nicht erledigt)

Keller:

- Wände dürfen nicht eingerissen werden (Konzept des Party/Bandraums, Getränkeraums usw. daher hinfällig)
- 0.4: Offenes Atelier (Gruppe um Ausschuss-Mitglied Annika)
- 0.5: Bandraum (Gruppe um Lukas von der KHG)
- 0.6: Kooperation der beiden (keine intensive Nutzung möglich, da feucht)
- 0.1: Lager für unempfindliche Gegenstände, z.B. Bestuhlung für Veranstaltungen in 1.4/1.5

EG:

- WC und Zugang für Menschen mit Behinderung (erledigt)
- 1.4 und 1.5 (erledigt)
- Türen werden nicht vermauert
- StuV-Sekretariat in 1.6

OG:

- auch hier keine Mauerdurchbrüche
- 2.7: Teeküche
- 2.6: SSR-Büro
- Balkon für Bienen
- 2.5: Arbeitszimmer für HSGs und Referate (derzeit eingerichtet, betreut und genutzt vom Ref Öko)
- 2.4: Arbeitszimmer für HOBOS

- 2.3: Arbeitszimmer für Referate (derzeit eingerichtet, betreut und genutzt von den Referaten Gleichstellung und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit)
- 2.2: Bad + Lager

Evtl. Veränderung: Es wird geprüft, inwieweit der Raum 1.9 als eventuelle Ausweichmöglichkeit für Referats- / HSG-Sitzungen verwendet werden kann, falls eine Person mit körperlicher Behinderung oder chronischer Erkrankung die Räumlichkeiten des OGs nicht nutzen kann oder möchte.

Das gesamte Haus wird mit WLAN abgedeckt. Dies war eine Entscheidung, die mit HOBOS und den Parteien im Haus abgestimmt war. Der Senator hat diese Entscheidung durch das unabgesprochene Kundtun seiner persönlichen Präferenzen gegenüber dem Rechenzentrum torpediert. Durch das Eingreifen von HOBOS konnte dieser Rückschlag aber noch abgewendet werden.

Zur Unterbringung von Notunterkünften steht die UL sehr skeptisch gegenüber; wir halten eine Unterkunft auch nicht für ideal, da keine sanitären Anlagen im Haus nutzbar sind.

Die Garage dient dem Campusgarten und dem Haus derzeit als Lager für Gartengeräte, Möbel, Holz, usw.

Soweit war die Nutzung als SSR-Büro nur unter der Bedingung möglich, das Büro 54.1 zu vermieten und mit dieser Miete das Haus zu bezahlen. Wir bitten, wie schon in vorangegangener Mail um Infos, wie es mit dem StuV-Büros weitergehen soll.

Liebe Grüße,

der Students' House Ausschuss

Der Antrag wird seitens der Antragsteller zurückgezogen.

Man sieht jedoch reдеbedarf bezüglich dem Büro in 54.1:

Man solle das Büro in 54.1 nicht unbedingt abgeben, da dieser Raum gebraucht wird. Das Studentshouse soll nach dem damals beschlossenen Konzept besonders auch ein Haus mit Raum für Aktivitäten sein, in dem auch ein SSR-Büro ist. Es soll nicht ein Büro-Gebäude sein, in dem halt auch Raum für Aktivitäten ist. So sollen Studierende in den „Dunstkreis der Studierendenvertretung“ gelockt werden. Wenn aber das StuV Büro über der Mensa während dem Umbau, und das Büro in 54.1 ins Students House einzieht, wird aber dafür kein Platz sein. Man könnte aber eventuell 54.1 abgeben, falls ein Ersatz, abseits vom Students House zur Verfügung stände.

h) Initiativantrag: 54/1

Mit großer Mehrheit wird dieser Behandelt.

Ohne Diskussion wird über ihm abgestimmt:

Einstimmig Angenommen, mit 6 Enthaltungen

i) **Initiativantrag: Sprecherinnenratsaccount Passwort**

Antragstext:

Der Sprecher- und Sprecherinnenrat 2015/16 stellt Daniel Janke das Passwort für den Mailaccount sprecherrat@uni-wuerzburg.de zur Verfügung. Zukünftige Änderungen des Passwortes sind ihm, möglichst vor der Änderung, mitzuteilen.

Der Antragsteller stellt den Antrag vor. Er begründet ihn damit, dass er Daniel Janke als Delegierter im FZS und da Würzburg teil dessen AS ist Zugriff auf den Email-Account sprecherrat@uni-wuerzburg.de braucht. Nachdem der SSR das Passwort des Accounts änderte, hatte er keinen Zugang mehr. Dieser Email-Account, obwohl er den SSR im Namen trägt ist aber der einzige Email-Account der StuV Würzburg. Er ist auch in den Webseiten der LAK und FZS als Email-Adresse der StuV Würzburg und implizit der Delegierten eingetragen. Die Aktuelle Verfahrensweise der FZS Emails (einer aus dem SSR schickt diese Emails an Herrn Janke und dieser schreibt dann eine Antwort die das SSR Mitglied verschickt) ist umständlich und ihm wurden auch schon in Situationen, in denen schnell viele Emails und deren Antworten bearbeitet wurden, die Grenzen aufgezeigt.

„GO-Antrag auf Schließung der Redeliste: Angenommen mit großer Mehrheit“

Dem wird entgegen gehalten, dass dies ja wie der Name sagt der Account des SSRs ist. Somit nur SSR Mitglieder darauf einen Zugriff haben sollten. Des Weiteren wird die Frage in den Raum geworfen, ob wenn man ihm den Zugang gebe, müsse man doch jedem im Konvent den Zugang geben.

„GO-Antrag auf sofortige Abstimmung: Abgelehnt mit großer Mehrheit“

Der Antragsteller zieht zurück.

j) **Initiativantrag: Schriftliche Berichte**

Antragstext:

*Der studentische Konvent möge beschließen:
Die Berichte aus dem Fachschaftenrat, den Kommissionen und Kollegialorganen sowie den Ausschüssen des Studentischen Konvents sowie aus dem Sprecher- und Sprecherinnenrat und seinen Arbeitskreisen und den Referaten mögen in Zukunft schriftlich bis spätestens drei Tage vor der jeweiligen Sitzung des studentischen Konvents niedergelegt und allen*

Mitgliedern des Konvents per Email zugänglich gemacht werden. In der Sitzung soll dann entsprechend der aktuellen Tagesordnung unbeschränkt viel Zeit für Nachfragen eingeräumt eingerichtet werden.

Mit 20/3/5 wird der Antrag behandelt. Er wird damit begründet, dass dies eine deutliche Verkürzung der Sitzung zur Folge hätte.

Der Antragssteller stellt den Antrag vor. Es wird kritisiert, dass Berichte häufig nicht gelesen werden und der Austausch während den Berichten wird von einigen als Sinnvoll empfunden. Insbesondere könnten beim Vortrag des Berichtes Nachfragen oder Input wichtig sein.

*GO-Antrag: Vertagung auf die nächste Sitzung:
20 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen
Der GO-Antrag ist somit angenommen*

k) **Initiativantrag: Sprecherratsaccount**

Er wird ohne Gegenrede behandelt.

Antragstext:

*Der studentische Konvent möge beschliessen:
Den Vertreter*innen der Studierendenschaft der Universität Würzburg im fzs und der LAK wird das Passwort des Sprecherratsaccount (sprecherrat@uni-wuerzburg.de) zur Verfügung gestellt. Diese müssen dem Sprecher- und Sprecherinnenrat schriftlich versichern, dass sie nur die Mails in den jeweiligen Unterordnern lesen und bearbeiten. Zudem ist das Passwort dieses Accounts zu Beginn der neuen Amtszeit des SSR zu ändern.*

Es folgt eine sofortige Abstimmung:

Einstimmig angenommen.

TOP 11 Rechenschaftsberichte

GO-Antrag: Auf Vertagung: Mit großer Mehrheit angenommen

TOP 12 Sonstiges

GO-Antrag: Auf Beendigung der Sitzung: Abgelehnt

GO-Antrag: Auf Öffentlichkeit der nächsten Sitzung: einstimmig Angenommen

Herr Greiner (Projektleitung der CMS-Projektgruppe) stellt sich und das CMS-Projekt in der nächsten Sitzung vor.

Lisa berichtet, dass der LAK uns fragt, ob der Konvent der Uni Würzburg den Brief der „LAK Bayern lehnt Zugangsbeschränkung für Referendariat ab!“ unterstützt. Der Konvent ist der Meinung, dass dies sinnvoll ist.

Anträge bitte vorher auf die Webseite laden.

Bernhard berichtet von einem Gespräch mit Herrn Baumann:

Stimmzettel dürfen per GO-Antrag nicht zerstört werden.

Eine geheime Wahl muss beantragt werden, insbesondere die Wahl der Referate etc.

Einen Wahlzettel für verschiedene Gremien ist nicht zulässig, nach deutschem Recht.

Termine:

3. Dezember: Feuerzangenbowlefilmvorführung der Medizin Anatomie 20:15.

Rechtzeitig kommen! Eigene Tasse mitnehmen!!

Danach Nikoparty ab 21 Uhr.

Blutspendeaktion am 24.11.

Tobias berichtet von der Verleihung „Preis für gute Lehre an den staatlichen Universitäten Bayerns“ (http://www.presse.uni-wuerzburg.de/einblick/single_special/artikel/preise-fuer-gute-hochschullehrerinnen/)

Dabei von Studierendenseite waren: Alexander Chaves, Simon, Nils, Tobias

Wir gratulieren den Preisträgerinnen Esther Asan und Elke Szczepaniak recht herzlich.

Es wird ein Termin für eine mögliche Folgesitzung der Dezembersitzung für den 22.12. festgelegt.

3:57 Uhr Ende der Sitzung